Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister

N i e d e r s c h r i f t

01/025/2019

über die Sitzung **des Rates**
am **Mittwoch,** dem **15.05.2019**, von **18:30 Uhr** bis **21:00 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister
Robert Klocke

CDU
Klaus Dieter Becker
Josef Büker
Klaus-Peter Gosse
Stefan Köhne
Josef Kreimeyer
Hermann Müller
Bernadette Niemeier
Paul Postert
Mathias Schmidt
Kai Schöttler
Johannes Stecker

UWG
Josef Dreier
Josef Hoffmeister
Gerhard Meier
Josef Wolff

SPD
Helmut Lensdorf
Sybille Mocker-Schmidt
Friedrich Potthast

WGB
Hubert Bartram
Elmar Stricker

Protokollführer
Elmar Meyer

von der Verwaltung
Klaus Hasenbein

von der Forstverwaltung
Roland Schockemöhle
Imke Lampe

Abwesend:

UWG
Olaf Wittrock

SPD
Klaus Wittek

Zuhörer: Keine

Presse: Keine

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Robert Klocke begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Besonders begrüßt er Herrn Roland Schockemöhle, Leiter des Regionalforstamts Hochstift, und die Forstbetriebsbeamtin Imke Lampe.

Auf Anregung von Bürgermeister Klocke wird entsprechend der Beschlussfassung in der letzten Hauptausschusssitzung der Tagesordnungspunkt „Ankauf von Pflanzgut zur Wiederaufforstung im Stadtwald“ zusätzlich in den nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung unter TOP 11 aufgenommen. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 11 und 12 rücken entsprechend hoch.

Nach Abstimmung mit Herrn Schockemöhle wird der neue Tagesordnungspunkt 11 vorrangig beraten. Gegen die Anregung von Bürgermeister Klocke, den gesamten nichtöffentlichen Teil vorzuziehen, werden keine Einwendungen erhoben.

2. Jahresabschluss 2017
Vorlage: 225/2019

Bürgermeister Klocke erläutert, dass im Zuge der letzten Ratssitzung am 10.04.2019 versehentlich die Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2017 unterblieben und diese formell nachzuholen ist.

Josef Dreier wendet ein, dass er die Beschlussvorschläge der Verwaltung nicht mittragen könne. Bürgermeister Klocke erläutert zu diesem Einwand, dass mit Inkrafttreten des 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes der Rechnungsprüfungsausschuss das Recht hat, Prüfungsschwerpunkte oder anderweitige prüfungsrelevante Informationen für die Abschlussprüfung zu benennen oder sich Teilbereiche vorzubehalten.

Diesen Ansatzpunkt wolle Josef Dreier nutzen, um das Thema „Sanierung des Hallenbades“ erneut aufzugreifen, obgleich dieses Thema in der Vergangenheit bereits wiederholt behandelt und aus Sicht der Verwaltung und auch des Rates abschließend geklärt sei. Es bestehe Übereinstimmung mit allen Fraktionssprechern und dem stellv. Vorsitzenden des RPA, das Jahr

2017, wie im Rechnungsprüfungsausschuss bereits beschlossen, für abgeschlossen zu erklären.

Nach rechtlicher Abstimmung mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft intecon stellt die weitergehende Beteiligung des Rechnungsprüfungsausschusses eine Sollvorschrift dar, sodass der Rat in dieser Angelegenheit abschließend entscheiden kann.

Kai Schöttler stellt den Antrag zur Abstimmung und regt an, das neue Kommunikationsverfahren zwischen Abschlussprüfer und Rechnungsprüfungsausschuss zukünftig zu berücksichtigen.

Beschluss:

1. Der Rat stellt den geprüften Jahresabschluss 2017 gemäß § 96 Abs.1 Satz 1 GO NRW fest.

Abstimmungsergebnis:

Ja 20 Nein 1

2. Die Bilanzsumme 2017 beträgt 48.598 T€, der Bestand an liquiden Mitteln 2017 liegt bei 3.637 T€, der Jahresüberschuss 2017 beläuft sich auf 1.099 T€ und wird in die Ausgleichsrücklage eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 20 Nein 1

3. Dem Bürgermeister wird Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 Satz 5 GO NRW für den Jahresabschluss 2017 erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 19 Nein 1 (Der Bürgermeister hat nicht mit abgestimmt)

3. Kommunalwahl 2020: Festlegung der Anzahl der Ratssitze
Vorlage: 223/2019

Bürgermeister Klocke teilt unter Bezugnahme auf die Verwaltungsvorlage zusammenfassend mit, dass sich die Anzahl der bei der Kommunalwahl 2020 zu wählenden Vertreter durch Unterschreitung der Bevölkerungszahl von 5.000 kraft Gesetzes von bislang 22 auf 20 reduziert.

Josef Büker und Kai Schöttler bitten darum, zeitnah Alternativen für die Festlegung der Wahlbezirke zu erarbeiten. Helmut Lensdorf appelliert dafür, diese Festlegungen nicht nach wahltaktischen Erwägungen, sondern nach örtlichen Zusammenhängen vorzunehmen.

Nach Mitteilung von Bürgermeister Klocke werden derzeit Vorschläge für die Wahlbezirksfestlegung erarbeitet und nach der Sommerpause vorgestellt.

4. Wahl eines neuen Ortsvorstehers für die Ortschaft Hohehaus
Vorlage: 217/2019

Beschluss:
Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird Josef Schwarze zum neuen Ortsvorsteher in der Ortschaft Hohehaus gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

5. Wiederwahl der Schiedsperson für den Bezirk II Bredenborn
Vorlage: 216/2019

Josef Dreier erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Beschluss:

Herr Josef Dreier, Burgstr. 13, 37696 Marienmünster, wird für weitere 5 Jahre zur Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk II Bredenborn gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 18 Enthaltung 2

6. Haltestellensituation Bredenborn; auch Beratung über eine diesbezügliche Bürgeranregung nach § 24 GO NW
Vorlage: 224/2019

Josef Büker und Helmut Lensdorf unterstützen die Beschlussempfehlung des Ortsausschusses Bredenborn und hoffen, dass dieses Thema damit endgültig abgeschlossen werden kann.

Elmar Stricker kritisiert den Umgang einiger Bürger mit diesem Thema, insbesondere im Zusammenhang mit der Initiierung der Unterschriftenaktion. Hier seien die Unterschriftsleistenden bewusst getäuscht worden.

Dieses Thema hat nach Einschätzung von Kai Schöttler viel Unmut und Konflikte hervorgerufen. Er hofft, dass dadurch das mittlerweile entstandene gute Miteinander nicht gefährdet wird.

Josef Wolff stellt den Antrag, in Abs. 2, S. 1 der Beschlussvorlage vor dem Wort „Wartehalle“ das Wort „zusätzlichen“ zu ergänzen.

Beschluss:

Der Ortsausschuss Bredenborn empfiehlt dem Rat, die Haltestelle „Pastorat“ in beiden Richtungen an den bisherigen Standorten in der Höxterstraße zu belassen. Von der Verlegung einer oder beider Fahrspuren hinter die „Alte Schule“ in die Liboristraße wird abgesehen und damit sowohl der Bürgeranregung vom 04.10.2018 als auch sämtlichen Stellungnahmen der beteiligten Fachbehörden gefolgt. Außerdem können die Parkflächen und die von der Kolpingjugend genutzte Grünfläche erhalten bleiben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung einer zusätzlichen Wartehalle westlich in Verlängerung der „Alten Schule“ oder parallel zur Westseite mit Unterbrechung durch den Fußweg bauordnungs- und denkmalrechtlich zu prüfen.

Von der Errichtung einer zusätzlichen Haltestelle im Bereich der Burgstraße wird derzeit abgesehen, die Prüfung eines geeigneten Standortes zu gegebener Zeit noch einmal aufgegriffen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Fortschreibung Abwasserbeseitigungskonzept 2018 - 2023
Vorlage: 214/2019

Beschluss:

Dem vorgelegten Maßnahmenkatalog zum Abwasserbeseitigungskonzept wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Zukünftige Klärschlammentsorgung - Landwirtschaft - Klärschlammverbrennung
Vorlage: 055/2019

Bürgermeister Klocke berichtet, dass die Klärschlamm-Kooperation OWL Partner für die Klärschlammverbrennung sucht. Zu diesem Zweck soll eine europaweite Ausschreibung erfolgen, an der sich auch die Westfalen-Weser-Energie GmbH (WWE) beteiligen kann, die beabsichtigt, eine neue Monoklärschlammverbrennungsanlage zu errichten.

Aus Sicht von Bürgermeister Klocke würde die zukünftige Verwertung durch die WWE, in Kooperation mit der „Klärschlamm-Kooperation OWL“, die optimale Lösung darstellen.

Um dem zukünftigen Betreiber Planungssicherheit zu bieten, sind noch in diesem Jahr verbindliche Erklärungen über die Entsorgungsmengen erforderlich. Dies bedeutet, dass sich der Rat nach vor der Sommerpause positionieren und nach der Sommerpause einen verbindlichen Beschluss fassen muss.

Josef Wolff und Kai Schöttler kritisieren, dass bereits jetzt langfristig verbindliche Entsorgungsmengen benannt werden müssen.

Klaus Hasenbein händigt an die Anwesenden einen Prüfbericht über Klärschlamm der letzten Ausbringungsphase aus. Nach diesem positiven Ergebnis ist eine landwirtschaftliche Nutzung möglich. Die Aussage von Klaus Hasenbein, dass perspektivisch keine ausreichenden landwirtschaftlichen Flächen zur Aufbringung zur Verfügung stehen, wird von Hermann Müller in Frage gestellt, zumal es sich bei der Stadt Marienmünster um eine vieharme Gemeinde handele.

Auf Frage von Stefan Köhne führt Klaus Hasenbein aus, dass die Verbrennung des Klärschlamms den Effekt habe, dass keine Kalkzugabe erforderlich ist und auch keine Untersuchungen notwendig werden.

Abschließend weist Bürgermeister Klocke darauf hin, dass dieses Thema in der nächsten Ratssitzung unter Beteiligung von Frau Dr. Weiß, Kreis Höxter, behandelt werden soll, um über den aktuellen Stand neutral zu informieren.

9. Mitteilungen und Anfragen

9.1. Zertifizierung zum familienfreundlichen Unternehmen

Bürgermeister Klocke gibt bekannt, dass sich die Stadtverwaltung Marienmünster erfolgreich für das Zertifikat „Familienfreundliches Unternehmen“ beworben hat. Hierfür mussten zahlreiche Anforderungen erfüllt werden und eine Präsentation vor einer Jury erfolgen. Für die Präsentation wurde durch Josef Suermann ein Imagefilm produziert, in dem Arbeitsbereiche und Mitarbeiter vorgestellt wurden.

9.2. Weiterentwicklung der forstwirtschaftlichen Vermarktung

Bürgermeister Klocke gibt bekannt, dass die sechs vom Regionalforstamt Hochstift betreuten Forstbetriebsgemeinschaften einen Dachverband gegründet haben. Ein Vorstand wurde gebildet.

Hauptaufgabe der neuen Forstwirtschaftlichen Vereinigung Hochstift ist es Vermarktungsstrukturen aufzubauen. Des Weiteren sollen vorgelagerte Dienstleistungen im forstwirtschaftlichen Bereich ausgeschrieben werden. An dieser Ausschreibung kann sich auch das Regionalforstamt Hochstift beteiligen.

9.3. Einsichtsrecht des Rates in Gewerbesteuerakten

Auf den Hinweis von Paul Postert in der letzten Hauptausschusssitzung bestätigt Bürgermeister Klocke, dass das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Az.: 1 K 14162/16) dem Stadtrat den Anspruch auf Einsicht in die Gewerbesteuerakten der ortsansässigen Unternehmen zugesprochen hat.

Dieses erstinstanzliche Urteil wurde jedoch durch die Entscheidung des OVG NRW vom 06.11.2018 (Az. 15 A 2638/17) abgeändert und das Einsichtsrecht in die Gewerbesteuerakten verneint, mit der Begründung, dass das Akteneinsichtsrecht unter anderem durch das Steuergeheimnis beschränkt ist. Es bestehe hier kein zwingendes öffentliches Interesse für die Offenbarung geschützter Daten.

9.4. Kostenaufstellung nach HOAI

Josef Dreier bittet darum, die Kostenaufstellung nach HOAI für den Schulumbau bekannt zu geben.

9.5. Whirlpool im Freizeithallenbad

Josef Hoffmeister kritisiert, dass der Whirlpool des Freizeithallenbades bereits seit 3 Monaten defekt sei.

Anmerkung zum Protokoll:

Ursächlich für den Ausfall des Whirlpools ist ein Gerät zur Wasseraufbereitung. Die Ersatzbeschaffung war mit langen Lieferzeiten verbunden. Der Einbau des Ersatzgerätes erfolgt durch eine Fachfirma und soll Ende der kommenden Woche abgeschlossen sein.

9.6. Wassserdruck in Bredenborn

Friedhelm Potthast teilt mit, dass ihm Hinweise vorliegen, dass der Wasserdruck in Bredenborn abgefallen sei. Auf die Frage, ob dies mit der erfolgten Reparatur der Tiefenbohrung in Zusammenhang stehen kann, sagt Klaus Hasenbein Klärung zu.

Anmerkung zum Protokoll:

Nach Rücksprache mit den Mitarbeitern des Wasserwerkes besteht kein Zusammenhang zwischen der Reparatur der Tiefenbohrung und einem evtl. Druckabfall.

10. Fragen von Einwohnern

Keine

gez. Robert Klocke
Vorsitzender

gez. Elmar Meyer
Protokollführer